Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8413**: Wer ist gegen diesen Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Ist jemand dafür? – Die Grünen sind dafür. **Abgelehnt.**

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/8414** zum Einzelplan 14: Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die SPD enthält sich. **Abgelehnt.**

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den gesamten Einzelplan 14 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8014**. Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Gibt es jemanden hier im Raum, der sich enthalten will?

(Zuruf: Herr Sagel!)

– Das ist nicht der Fall; der Kollege Sagel, fraktionslos, ist nicht mehr anwesend. – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 14 beschlossen**.

Vizepräsident Oliver Keymis: Wir kommen zu:

Einzelplan 12
Finanzministerium
Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Ich weise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/8012 und 14/8020 sowie die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Trampe-Brinkmann. Ich darf die Kollegen um Ruhe bitten, wenn Sie den Saal verlassen. Wir wollen auch dem Redner noch zuhören, der zu später Stunde – es ist 22:07 Uhr – das Wort hat. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit den Beratungen der Einzelpläne 20 und 12 debattieren wir aus meiner Sicht die wichtigsten Haushaltspläne, da gerade diese beiden die in Zahlen gegossene politische Absichtserklärung darstellen.

Dies konnte man heute schon den ganzen Tag über feststellen. Meine Kollegin, Gisela Walsken, hat hierzu schon zum Auftakt der heutigen Debatte die Position der SPD-Landtagsfraktion dargelegt. Auch mit Blick auf die vorgerückte Stunde möchte ich nur auf einige Punkte dieser Einzelpläne eingehen und dabei den Streit über den Schuldenstand des Landes nicht nochmals aufgreifen. Fakt ist aber, dass Sie die Landesverschuldung trotz Steuermehreinnahmen von mittlerweile 8 Millionen € heute wohl

auf einen historischen Höchststand getrieben haben.

Als Sprecher meiner Fraktion im Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses möchte ich den Fokus auf die Fragen der Personalpolitik legen, die sich in diesen Haushaltsplänen niederschlagen.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister sowie der Ministerpräsident haben in verschiedenen Erklärungen den Beamtinnen und Beamten dieses Landes zugesichert, den Abschluss der aktuellen Tarifverhandlungen 1:1 zu übertragen. Hierfür haben Sie, Herr Minister Linssen, offensichtlich vorgesorgt und im Einzelplan 20 schon ein Sparbuch in Höhe von 407 Millionen € angelegt. Dieser Posten der allgemeinen Verstärkungsmittel steigt damit also gegenüber dem Vorjahr um 310 Millionen € an.

Wenn also an dieser Stelle politischer Wille in Zahlen gegossen wird, so lassen Sie mich Sie an Ihr Versprechen erinnern. Gerade weil wir im Anschluss auch noch über die Änderungen im Landesbeamtengesetz diskutieren werden, ist es mehr als erforderlich, Ihre seit nunmehr drei Jahren andauernde Politik der Einschnitte gerade im Bereich der Beamtenbesoldung zu beenden. Ich erinnere an die schmerzlichen Einschnitte besonders des letzten Jahres, in dem die Besoldungsanpassung erst zum 1. Juli vorgenommen worden ist.

Ich kann Sie nur auffordern, auch auf Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Verhandlungsrunden hinzuwirken, möglichst schnell einen Tarifabschluss herbeizuführen, damit mögliche Streiks im öffentlichen Dienst verhindert werden.

(Beifall von der SPD)

Dies ist aktuell umso wichtiger, je näher wir an den Zeitpunkt der Umsetzung des Konjunkturpakets kommen. Es wäre überaus kontraproduktiv, wenn der politische Wille der Konjunkturankurbelung auf eine Hardlinerposition der Arbeitgeber im aktuellen Tarifkonflikt trifft.

(Beifall von der SPD)

Gerade in diesen Zeiten scheint es mir mehr als geboten, die Kräfte zu bündeln und sie an dieser Stelle nicht auseinanderzuidividieren.

Herr Linssen, schon heute Morgen haben Sie sich über Gebühr von Ihren Koalitionskolleginnen und -kollegen feiern lassen, da Sie angeblich den besten Haushalt seit 35 Jahren aufgestellt hätten.

(Bodo Wißen [SPD]: Seit Jahrhunderten!)

– Seit Jahrhunderten, ja.

Dass der Haushaltsausgleich nicht dargestellt wurde, begründen Sie unter anderem auch mit den Zuführungen, die Sie für die Versorgung der Pensionäre vorgenommen haben. Bis heute haben Sie uns aber nicht die Frage unseres ehemaligen Kolle-

gen Harald Schartau beantwortet, warum es günstiger ist, heute Schulden zu machen und eine kreditfinanzierte Versorgungsrücklage aufzubauen für Belastungen der Versorgungsleistungen der kommenden Jahre. Ich erwarte von Ihnen heute eine Antwort auf diese Frage.

(Beifall von der SPD)

Die Politik dieser Landesregierung ist geprägt von dem Motto „Privat vor Staat“. Es prägt aber nicht nur Ihre Politik, sondern mittlerweile auch die Stimmung in den Verwaltungen. Zunehmend hört man Aussagen wie: Lieber privat zu Hause, als für den Staat in der Amtsstube. Vielleicht ist das damit zu erklären, dass gerade im Finanzministerium der geplante Stellenabbau wohl am schnellsten realisiert wird. Hiervon sind im Wesentlichen die Oberfinanzdirektionen und die Finanzämter betroffen, die einen weiteren Stellenabbau von 1.206 Stelle zu bewältigen haben.

Die SPD-Fraktion hat sich besonders durch ihren Antrag „Initiative Finanzverwaltung“ der besonderen Situation der Beamtinnen und Beamten angenommen. Ich begrüße ausdrücklich, dass wir es gemeinsam geschafft haben, einen parteiübergreifenden Antrag zu verabschieden.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir mit diesem Entschließungsantrag die gute, leistungsfähige und moderne Verwaltung loben, müssen wir diesen Zustand aber auch festigen und weiter ausbauen. Dieses Ziel ist umso bedeutender, als ein einheitlicher Steuervollzug gewährleistet werden muss und die entsprechenden Steuerprüfungen durchgeführt werden müssen.

Es stimmt mich mehr als nachdenklich, wenn Sie, Herr Linsen, nun die funktionale Ertragsseite des Haushaltsplans durch eine Personalpolitik gefährden, indem Sie Erfahrung und Know-how älterer Mitarbeiter gerade in diesem Bereich der Betriebsprüfungen und der Steuerfahndung aufs Spiel setzen. Wir haben Sie mehrfach vor dem Hintergrund der Liechtensteinaffäre aufgefordert, gegenzusteuern und den Personalabbau an dieser Stelle zu stoppen. Wir erachten es als ein fahrlässiges Manöver, wenn Sie Ihren Weg in dieser Form weiter beschreiten.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, mit den vorliegenden Haushaltsplänen entfernt sich diese Landesregierung weiter von einer soliden, zukunftsorientierten, bürgernahen und verlässlichen Haushaltspolitik. Aus diesen Gründen können wir die vorgelegten Haushaltspläne nur ablehnen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Trampe-Brinkmann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Krückel.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Vorsicht! Die Mandanten hören mit!)

Bernd Krückel (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich knüpfe gerne an Herrn Trampe-Brinkmann bezüglich der Frage von Herrn Schartau zu den Versorgungsleistungen an. Herr Schartau ist einer der Kollegen, die ich sehr schätze, und einer der letzten Minister, die fahnenflüchtig geworden sind. Herr Schartau hat die Frage bezüglich der Finanzierung der Versorgungsleistungen immer wieder gestellt und vom Finanzminister auch die entsprechende Antwort darauf bekommen. Insofern ist es unredlich, hier im Plenum den Anschein zu erwecken, als ob diese Antwort nicht längst gegeben worden wäre.

Der Einzelplan 12 als Haushaltsplan des Finanzministeriums ist ein Verwaltungshaushaltsplan. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit will ich mich mit meinen Ausführungen dazu sehr kurz fassen. Zunächst will ich für die CDU-Fraktion meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass es in der vergangenen Woche im Haushalts- und Finanzausschuss gelungen ist, in einem fraktionsübergreifenden gemeinsamen Antrag die Wertschätzung für und die Bedeutung der Finanzverwaltung herauszustellen. Hier knüpfe ich da gerne an den Kollegen Trampe-Brinkmann an.

Das, was CDU und FDP in ihrem Antrag gefordert haben – stabile Finanzen und eine gut aufgestellte Finanzverwaltung, zwei Seiten ein und derselben Medaille –, wird bekanntlich schon zum Teil in die Tat umgesetzt. Dafür möchte ich dem Finanzminister herzlich danken.

Nachdem unter Rot-Grün der mittlere Dienst in der Finanzverwaltung durch einen Einstellungsstopp ausgeblutet war, setzt die Entscheidung von Helmut Linsen, im mittleren Dienst wieder auszubilden und einzustellen, ein deutliches und richtiges Zeichen.

Wurden im Jahr 2008 220 Finanzanwärter eingestellt, sieht der Haushaltsentwurf 2009 Einstellungen von nunmehr 400 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärtern vor.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das sind immer noch 520 zu wenig, Herr Kollege!)

– Vielleicht schauen Sie sich einmal die Zahlen Ihrer Regierungszeit an; die sprechen deutliche Worte.

Zur Stärkung des mittleren Dienstes wurden im Jahr 2008 100 Steueranwärterinnen und Steueranwärter eingestellt. Die Einstellungen werden im Jahr 2009 auf 200 verdoppelt. Im Stellenplan stehen 600 Einstellungen 2009 im Vergleich zu 320 im Jahr 2008 – ein eindrucksvolles Zeichen für den Willen

der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsparteien, die Finanzverwaltung zu stärken.

Die Einstellungszahlen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst werden von 1.700 im Jahr 2008 auf 1.900 im Jahr 2009 erhöht. Anders als in der Vergangenheit soll durch die Übernahme der Tarifergebnisse für die Beamtenbesoldung einem weiteren Auseinanderlaufen der Vergütungen entgegengewirkt werden. – Sehr geehrter Herr Kollege Trampe-Brinkmann, auch das war bei Ihnen nicht immer selbstverständlich.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Beratung und der Anhörung zu den Anträgen über die Finanzverwaltung war es uns allen ein Anliegen, dass Steuergesetze verabschiedet werden, die administrierbar sind. – So weit die Theorie, die Praxis sieht leider immer wieder anders aus.

Gestern hatte ich ein Gespräch mit dem Präsidenten der Oberfinanzdirektion Rheinland und dem Präsidenten der Steuerberaterkammer Köln mit folgendem Inhalt: Der Bundesfinanzminister hat in diesem Monat der Bundessteuerberaterkammer das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz zur Stellungnahme vorgelegt. Frist zur Abgabe der Stellungnahme: acht Tage, das Wochenende eingerechnet. In dieser Zeit kann niemand ernsthafte und belastbare Stellungnahmen abgeben. Da drängt sich die Frage auf, ob eine Stellungnahme der Steuerberater überhaupt gewollt ist oder nur Alibifunktion hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Landtag Nordrhein-Westfalen kaum nennenswerte Steuergesetzgebungskompetenz. Wenn aber in Berlin Steuergesetze weiterhin so dilettantisch auf den Weg gebracht werden, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn unsere Finanzämter an der Gesetzesflut und deren Handhabbarkeit scheitern.

(Beifall von Christian Lindner [FDP]: Sehr richtig! – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Aber Sie sind doch immer diejenigen, die die Ausnahmen wollen!)

Ich lade die Kollegen der SPD herzlich ein, ihren Einfluss auf den Bundesfinanzminister zu nutzen, um derartige Vorgehensweisen für die Zukunft zu vermeiden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen einen schönen Restabend.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Krüchel. Beim Restabend sind wir noch nicht, aber wir arbeiten darauf hin. – Frau Kollegin Freimuth hat als Nächste für die FDP-Fraktion das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Zu

dieser späten Stunde – es sind tatsächlich Zuschauer da, deswegen will ich das an dieser Stelle besonders erwähnen – möchte ich Ihre Aufmerksamkeit nicht über Gebühr strapazieren, gleichwohl möchte ich die Gelegenheit in der zweiten Lesung zum Einzelplan 12 und vor allen Dingen zum Einzelplan 20 für einige Anmerkungen nutzen, nachdem wir schon zahlreiche fachpolitische Bewertungen zu anderen Einzelplänen hören konnten.

Meine Damen und Herren, die Beratungen zum Haushalt 2009 erfolgen vor dem Hintergrund der Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise, die sich längst zu einer der größten Wirtschaftskrisen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auszuweiten droht. Bereits im Laufe des Haushaltsberatungsverfahrens 2009 musste daher die geplante Nettoneuverschuldung des Landes von den ursprünglich ins Auge gefassten 1,67 Milliarden € um 1,3 Milliarden € auf 2,97 Milliarden € erhöht werden.

Damit, meine Damen und Herren, ist, wie wir heute ahnen, das Ende möglicherweise noch nicht erreicht. Den Ansätzen 2009 liegt immerhin noch ein geschätztes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 % zugrunde, das selbst von optimistischen Ökonomen zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr für realistisch gehalten wird. Vielmehr bewegen sich die Schätzungen in diesen Tagen bei minus 1,5 bis minus 3 %. Das wäre ein neuer Negativrekord, der wahrscheinlich auch an den Steuereinnahmen für das Jahr 2009 nicht spurlos vorbeigehen wird. Wir wissen zwar, dass es dort immer erhebliche Verzögerungen gibt, aber es wird möglicherweise bereits Auswirkungen haben.

Zudem können wir die Belastungen für den Landeshaushalt, die sich durch eine Beteiligung des Landes am Konjunkturpaket II ergeben könnten, im Augenblick noch nicht haushalterisch verlässlich darstellen, weil die Details des Konjunkturpakets II noch nicht endgültig festgelegt sind.

Diese Mehrbelastungen werden ebenso wie die Auswirkungen des Urteils zur Pendlerpauschale und die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwartenden geringeren Steuereinnahmen sicherlich Bestandteil eines ersten Nachtragshaushalts für das Jahr 2009 werden, den die Landesregierung hoffentlich so schnell wie möglich vorlegen kann und den wir dann in diesem Hause beraten werden.

Ein alternativer Weg – weil das in der Debatte immer wieder Gegenstand war, will ich auch darauf eingehen – wäre natürlich gewesen, zum jetzigen Zeitpunkt die Beratungen des Haushaltes 2009 auszusetzen und die Anpassungen zum Beispiel mit einer Ergänzungsvorlage vorzunehmen. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Landesregierung diesen Weg nicht gewählt hat und wir heute als Fraktionen und als Parlament insgesamt über den vorgelegten und im parlamentarischen Verfahren geänderten Haushalt 2009 beraten; denn wir sollten den für das

Land, aber auch für alle anderen Beteiligten stets problematischen Weg der vorläufigen Haushaltsführung so schnell wie möglich beenden.

Die Maßnahmen des ersten Konjunkturpaketes sollen so schnell wie möglich in Kraft treten können. Das halte ich auch aus Sicht der Gesamtsituation für zwingend erforderlich. Eine weitere Verzögerung würde sicherlich auch die hinter den Maßnahmen stehende eigentliche Absicht, die Konjunkturschwäche schnell zu bekämpfen, konterkarieren.

Dass es heute einen – wenn auch bescheidenen – Spielraum gibt, solche zusätzlichen nicht vorhersehbaren Belastungen für das Land Nordrhein-Westfalen kompensieren zu können, ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass wir in den vergangenen dreieinhalb Jahren seit Übernahme der Regierungsverantwortung hier im Land beachtliche Erfolge bei der Konsolidierung des Landeshaushaltes erreicht haben.

Musste das Land aufgrund der verfehlten und ungerechten Haushaltspolitik der Vorjahre noch im Jahr 2005 6,7 Milliarden € neue Schulden aufnehmen, ist es der Regierungskoalition aus FDP und CDU bis zum Jahr 2008 – auch aufgrund einer günstigen konjunkturellen Entwicklung – gelungen, die jährliche Nettoneuverschuldung auf zuletzt 1,7 Milliarden € herunterzufahren.

Müssten wir nicht, wie bereits heute Morgen dargestellt, aufgrund der Finanzmarktkrise in einem enormen Umfang Vorsorge für bereits begründete, aber noch nicht bezifferbare Risiken treffen, hätten wir das Jahr 2008 bereits mit einem kleinen Überschuss abgeschlossen.

In der Koalition betreiben wir eine seriöse Haushaltspolitik, die sich dem Wohle des Landes verpflichtet sieht. Daher haben wir – wie schon in den Vorjahren – nur Änderungsanträge eingebracht, die möglichst im gleichen Einzelplan und seriös gegenfinanziert werden können. Eine Ausweitung der durch die Wirtschaftskrise und das Konjunkturpaket des Bundes ohnehin steigenden Verschuldung auf Kosten nachfolgender Generationen haben wir deshalb auch ausgeschlossen.

Anders die Grünen: Sie haben beschlossen, noch ein „Mini-Konjunkturprogrammchen“ draufzusatteln und die Verschuldung mal eben um weitere 1,6 Milliarden € zu erhöhen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: 1,6 Milliarden € sind doch kein „Programmchen“!)

Die fachliche Bewertung der dahinter stehenden Maßnahmen würde an dieser Stelle sicherlich den Rahmen sprengen und bleibt den Fachberatungen vorbehalten. Fakt ist aber, dass es sich um weitere Schulden handelt, mit denen die Staatsverschuldung als Preis nicht effizient wirksamer Maßnahmen in die Höhe getrieben werden soll.

(Zuruf von der SPD: Aber Sie wollen doch immer die Steuern senken, Frau Freimuth!)

Spielräume für zukünftige Haushaltsgesetzgeber, für zukünftige Generationen werden damit nur noch weiter eingeschränkt.

Egal, wie man die Alternativen inhaltlich bewertet: 1,6 Milliarden € für ein – in Anführungszeichen – Konjunkturprogrammchen sind zwar ein großer Geldbetrag. Wenn wir sie der Dimension der Herausforderung gegenüberstellen, kommen wir aber zu folgendem Schluss: Die Auswirkungen auf den Landeshaushalt sind zwar immens. Ich hege aber doch Zweifel, dass dieses „Programmchen“ geeignet und ausreichend ist, um auch nur theoretisch einen konjunkturellen Impuls auslösen zu können.

Auch wenn es Ihnen schwerfällt, das zu akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Staat kann eben nicht alles.

Maßnahmen der konjunkturellen Stabilisierung sollten, wenn man schon nicht darauf verzichten möchte, vor allem eine Aufgabe des Bundes sein, weil dieser auch tatsächlich ein schlüssiges Gesamtkonzept über Einnahmen und Ausgaben – natürlich in Abstimmung mit den Ländern – erstellen kann.

Der Staat muss beachten, dass er sich nicht übernimmt. Die zunehmende Debatte über die Möglichkeiten eines Staatsbankrotts sollte uns an dieser Stelle Warnung genug sein.

Zu den Änderungsanträgen der Kollegen der SPD möchte ich auch noch einige Worte verlieren. Der Haushalt ist das in Zahlen gegossene politische Programm. Leider lassen diese Zahlen Ihrer Anträge weder Ziele noch Konzepte erkennen.

Nachdem wir die Änderungsanträge am vergangenen Mittwoch zur Kenntnis übersandt bekommen hatten, mussten wir feststellen, dass der Mix aus Einnahmenerhöhungen, Ausgabenabsenkungen und Ausgabenerhöhungen in sich nicht aufgeht und erst recht in der Logik Ihrer sonstigen politischen Argumentationen nicht zu überzeugen vermag. Wären die Anträge so angenommen worden, hätte dies dazu geführt, dass die Schlusssummen des Haushaltes schon rein formal nicht ausgeglichen gewesen wären.

Das kann ja passieren. Besonders bemerkenswert ist aber, dass die Gegenfinanzierung der SPD-Vorschläge aus meiner Sicht nicht seriös ist. Auf zwei Punkte davon möchte ich besonders eingehen.

Erstens. 150 Millionen € Ihrer Ausgaben finanzieren Sie dadurch, dass die geschätzten Einnahmen aus der Erbschaftsteuer höher angesetzt werden. Sie gehen von Geld aus, bei dem überhaupt noch nicht sicher ist, ob es jemals in der Kasse des Landes landen wird. Dieses Muster ist natürlich allzu bekannt. Gleichwohl vermag es nicht zu überzeugen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen, die Sie damit

gemacht haben, sollten Sie das eigentlich auch unterlassen.

Zweitens. Um weitere 250 Millionen € erhöhen Sie die Steuereinnahmen mit der Begründung, dass in der Ergänzungsvorlage zum Haushalt das Ergebnis der November-Steuerschätzung offenbar nur teilweise berücksichtigt worden sei. Die Grundlage der Steuerschätzung im November 2008 war die Annahme eines Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 %. Inzwischen liegen die Schätzungen anders. Wenn man den Anspruch erhebt, die aktuelle Situation zu berücksichtigen – man muss gar nicht einmal pessimistisch sein, sondern sie nur halbwegs realistisch in den Blick nehmen –, ist es angesichts der konjunkturellen Entwicklung schon sehr verwunderlich, auf die Idee zu kommen, an dieser Stelle sei der Ansatz für die Steuereinnahmen zu gering veranschlagt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag legt vielmehr die Vermutung nahe, dass es sich nicht um eine haushaltspolitische Konzeption handelt, sondern dass mit den Anträgen der Kollegen der SPD-Fraktion eine Gegenfinanzierung gesucht wurde, um die Ausgabenwünsche einzelner zu befriedigen. Ein Schelm, der dabei an den bereits von der Opposition in Rede gebrachten Gedanken der Wahlkampfgeschenke denken mag.

Einen letzten Satz möchte ich noch zum Einzelplan 12 verlieren. Ich freue mich, dass wir in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zu einem gemeinsamen Bekenntnis zu unserer Einnahmeverwaltung, unserer Finanzverwaltung gekommen sind. Die Beschäftigten in der Finanzverwaltung leisten Großartiges: bürgerfreundlich, engagiert und kompetent. Hierfür von dieser Stelle einen herzlichen Dank! – Ihnen allen einen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Rimmel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war schon sehr amüsant, zu dieser späten Stunde, 22:30 Uhr, den Finanzminister eben ganz nervös hier auf- und abgehen zu sehen.

(Beifall von der SPD – Allgemeine Heiterkeit)

Ja, der Einzelplan 12 in Verbindung mit dem Einzelplan 20 gibt natürlich Anlass, sich auch mit dem Finanzminister auseinanderzusetzen. Da haben Sie allen Grund, Herr Linssen, nervös zu sein.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Sie sind scheinbar als leuchtender Komet dieser Regierung gestartet, selbsternannter eiserner Helmut. Nach kurzer Zeit war es schon nur noch der treue Heinrich. Wenn ich mir jetzt Ihre Zahlen anschauere, dann muss ich sagen: So ein bisschen sieht es aus wie der dumme August, Herr Finanzminister. Sie sind das Symbol für den Niedergang dieser Regierung,

(Lachen von der CDU)

schon nach sehr, sehr kurzer Zeit. Sie haben nur 39 Monate gebraucht, um deutlich tiefer im Schlammsee zu stecken, als Sie selbst es im Jahre 2005 der rot-grünen Landesregierung attestiert haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie planen nämlich für 2009 3 Milliarden € neue Schulden bei einem Einnahmevermögen von 42,1 Milliarden €. Das, Herr Finanzminister, ist eine Bankrotterklärung für das Land. Nur zum Vergleich: Rot-Grün hatte 2004 Steuereinnahmen von 33,9 Milliarden € und machte 6,8 Milliarden € Schulden. Obwohl dieser Finanzminister und diese Landesregierung fast 9 Milliarden € Mehreinnahmen in der Tasche haben, machen Sie immer neue Schulden. Unterm Strich geben Sie also 5,2 Milliarden € mehr aus, statt sie in die Reduzierung der Neuverschuldung zu stecken.

Diese gleiche Janusköpfigkeit zeigt sich bei der Haltung der Landesregierung zum Konjunkturpaket I, das die Bundesregierung vorgeschlagen hat. Einerseits begrüßen Sie die Wirkung, andererseits jammern Sie über zusätzliche Kosten, die auf das Land zukommen. Ihre Aufgabe wäre es eigentlich, eine eigene Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen einzubringen und damit die Möglichkeiten, die das Bundesprogramm bietet, auch für Nordrhein-Westfalen zu nutzen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Weniger Schulden!)

– Ja, es ist im Interesse des Landes, Herr Finanzminister, hier zu schauen, wie Nordrhein-Westfalen in der Gesamtleistung auch ein Stück vorankommt. Es geht um die Interessensvertretung Nordrhein-Westfalens. Hier haben Sie in den letzten Monaten sträflich versagt, weil Sie keine eigene Initiative

(Beifall von den GRÜNEN)

zur Ankurbelung der Konjunktur in Nordrhein-Westfalen gestartet haben.

Eines wird angesichts der dramatisch ansteigenden Nettoneuverschuldung ganz deutlich: Sie, CDU und FDP, haben in den letzten Jahren die Konsolidierung in diesem Land nur simuliert und der Wirklichkeit nicht entsprochen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wie jedes Jahr beantragen wir auch in diesem Jahr die Erhöhung im Bereich der Steuerprüfung. Wie aktuell dieses Thema ist, zeigt sich zurzeit angesichts des Prozesses mit dem Steuerhinterzieher Zumwinkel. Dieser Prozess konnte nur aufgrund von externen Hinweisen überhaupt ins Rollen kommen. Millionenbeträge an Steuern werden deswegen von zahlreichen Steuersündern nicht eingetrieben.

Deshalb geht es darum, die Steuerverwaltung in Nordrhein-Westfalen zu stärken, damit solche Fälle von der Steuerverwaltung selbst aufgegriffen werden können. Dazu gehört auch eine klare Position, dass Steueroasen ausgetrocknet werden müssen. Hier muss die Bundesregierung – aber auch mit der Unterstützung der Landesregierung – eindeutig internationale Regelungen einfordern. Wir brauchen eine funktionierende Steuerfinanzverwaltung in Nordrhein-Westfalen. Gerade im Bereich der Prüfung und Fahndung sollte diese Verwaltung gestärkt werden und nicht geschwächt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Rahmen der Maßnahmen zu PEM sind hier viele Stellen freigesetzt und nicht aufgestockt worden. Dies ist eindeutig der falsche Kurs. Hier sollten Sie umkehren, damit die Steuern gerecht und gleichmäßig erhoben werden und notwendige Lasten vor allem von starken Schultern mitgetragen werden.

Auch unsere Anträge zur Kürzung der Mittel für Sachverständige und Öffentlichkeitsarbeit dienen einer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik. Die Kürzungsansätze sind im Übrigen sogar moderater als das, was die CDU-Fraktion selbst noch im Jahre 2004 vorgeschlagen hat. Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit sind zwar in einigen Bereichen zurückgegangen – das führen wir auch auf unseren Druck zurück –, aber sie könnten noch weiter gesenkt werden.

Herr Finanzminister, Kollege Becker hat heute Morgen schon darauf hingewiesen – wir können es an dieser Stelle noch einmal betonen –: Wir waren davon ausgegangen, nachdem Sie schon im Dezember eine Ergänzungsvorlage wegen der Pendlerpauschale angekündigt hatten, dass es im Gesamtinteresse des Landes und vor allen Dingen der kommunalen Investitionen besser gewesen wäre, jetzt die Haushaltsberatungen noch einmal kurzfristig zu verschieben und stattdessen umfangreich das Konjunkturpaket II in einem schnellen Haushaltsverfahren in eine Ergänzungsvorlage, einzubringen.

Wir gehen davon aus, dass das jetzt von Ihnen gewünschte und gewählte Verfahren dazu führen wird, sehr viel später die Wirkungen des Konjunkturpaketes II bei den Kommunen ankommen zu lassen. Wir bedauern das an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich. Wir hätten uns hier ein konjunkturfreundlicheres Vorgehen der Landesregierung gewünscht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, insgesamt lässt sich feststellen: Dieser Haushalt und insbesondere der Einzelplan 12 und Einzelplan 20 dienen nicht dazu, die Investitionstätigkeit des Landes zu verbessern und zusätzliche Impulse zu setzen. Der Finanzminister wirkt nervös. Er wirkt wie ein Getriebener.

Vielleicht, meine Damen und Herren, muss man demnächst feststellen: Die Haushaltspolitik des Landes ist grandios gescheitert. Und der Finanzminister sollte vielleicht über die Rente mit 67 nachdenken. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Das ist eine Frechheit!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Linssen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Herr Minister, Sie sind nervös! – Lachen von der CDU)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde gerne die verbundene Debatte nutzen, um auf ein paar Beiträge einzugehen.

Herr Trampe-Brinkmann, Sie haben, wie schon oft, mangelnde Einstellungen beklagt. Herr Peschkes hat noch durch den netten Zwischenruf unterstrichen, dass wir natürlich viel zu wenig einstellen würden. Ich glaube, dass wir ein gutes Verfahren gefunden haben, nachdem wir jetzt PEM so erfolgreich abgewickelt haben. Ich darf Ihnen übrigens mitteilen, dass sich auch Berlin bei uns erkundigt. Auch der Kollege Sarrazin ist nach mehreren Gerichtsverfahren der Meinung, dass wir es hier wohl richtig gemacht haben, und versucht, etwas von unserem Verfahren zu profitieren.

Sie haben es immer bekämpft. Sie müssten sich heute aber eigentlich dazu bekennen, dass es exzellent war, dass wir alleine im Jahr 2008 rund 3.300 kw-Stellen damit abgebaut haben, dass wir selbstverständlich die von uns prognostizierte Zahl von 12.000 in der Legislaturperiode erreichen, ja sogar überschreiten werden, dass wir uns natürlich durch all diese Dinge, die wir gegen Ihren Widerstand bewegt haben, überhaupt die Möglichkeiten geschaffen haben, in diesem Land etwas zu bewegen. Ich denke allein daran, wie Sie den LEG-Verkauf bekämpft haben.

Nun stehen uns 470 Millionen € zur Verfügung, um in diesem Lande Fachhochschulen aufzubauen. Insofern sehen Sie, wie segensreich diese Entscheidung, die wir durchgeföhrt haben, für dieses Land Nordrhein-Westfalen war.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Trampe-Brinkmann, Sie haben noch einmal danach gefragt, obwohl ich im Ausschuss sehr eingehend erläutert habe, warum wir denn die Pensionsvorsorge – von der haben Sie gesprochen, obwohl sie nicht den Haushalt 2008 oder 2009, sondern den Haushalt 2007 betrifft – mit 925 Millionen € eingestellt haben. Der Kollege Schartau hat damals immer gefragt: Mein Gott, wie macht ihr das nur? Könnt ihr denn nicht ein so günstiges Programm für alle Bürger Nordrhein-Westfalens auflegen? – Ich habe ihm darauf geantwortet, dass wir natürlich keine Bank, selbstverständlich ordnungspolitisch sauber sind und nicht in einen Wettbewerb mit Banken eintreten wollen.

Ich muss Ihnen allerdings die Mitteilung machen, dass die Anlage des Geldes natürlich sehr viel segensreicher war und sehr viel bessere Zinseinnahmen erbracht hat als das, was wir für das zahlen, was wir an Verschuldung aufnehmen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Ich glaube nicht, dass das belastbar ist!)

– Es war exzellent. Es ist immer noch gut. Wir können im Zweifel immer noch die eigenen Anleihen kaufen, meine Damen und Herren. Dann machen wir immer noch plus/minus null. Wir realisieren allerdings nach wie vor mit diesen Anlagen Zinsgewinne, und insofern brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, dass auch die 1,3 Milliarden €, die wir für die Finanzmarktstabilisierungsgesetz-Risiken und für die WestLB-Risiken jetzt zurückgestellt haben, gut angelegt sind und wir ein sehr professionelles Management auch im Finanzministerium haben.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Aber nicht bei Lehman Brothers!)

Sie, Herr Trampe-Brinkmann, haben mich aufgefordert, bei den Tarifverhandlungen dafür zu sorgen, dass es möglichst schnell geht. Wenn Sie möglichst schnell verhandeln, kann es auch mal sehr teuer werden. Ob Sie das jetzt impliziert haben, unterstelle ich Ihnen einmal. Nur sprechen Sie auch einmal mit der Kollegin Walsken, die mich in der nächsten Runde zeihen wird, warum wir denn die Verschuldung so weit hochtreiben. Dann beeinflussen wir nämlich auch die Personalkosten.

Seien Sie sich sicher, dass wir bemüht bleiben, das Tarifergebnis für die Beamten 1:1 umzusetzen. Deshalb muss der Tarifabschluss natürlich vernünftig sein.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Nur noch „bemüht“?)

Insofern sind wir auf einem guten Weg. Das, was jetzt an Warnstreiks folgt, ist das übliche Ritual. Ich erinnere mich noch an die Streiks vor zwei Jahren. Ich glaube, die haben auch niemandem imponiert. Wir wissen genau, wohin wir wollen, und ich gehe davon aus, dass Herr Bsirske und Herr Stöhr, unsere Verhandlungspartner, sehr genau wissen, was in

dieser Zeit auch nach dem IG-Metall-Abschluss angebracht ist. Und Herr Henke hört so aufmerksam zu, dass er all das sicherlich für den Marburger Bund verinnerlichen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch ein paar Worte zur IT verlieren. Wir haben seit 2002 420 Millionen € investiert. Das fing unter Ihrer Ägide an, und darin enthalten sind auch die Mittel für den Flop mit FISCUS, die wir unnötig ausgegeben haben; diese müssten Sie eigentlich von den 420 Millionen € abziehen. Wir haben insofern viel investiert, und wir haben mittlerweile ein exzellentes Risikomanagement.

Ich darf Ihnen sagen, dass von den 2 Millionen Bescheiden für die Pendlerpauschale bis Ende Januar dank unserer exzellenten IT-Bemühungen und der Bemühungen der Mitarbeiter

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das ist das Entscheidende!)

– jawohl, deshalb sage ich es auch, Herr Peschkes – bis Ende dieses Monats Januar 300.000 abgearbeitet sein werden und dass schnellstmöglich alle Bürgerinnen und Bürger, die uns ihre Daten damals übermittelt haben, auch in den Genuss einer sehr schnellen Rückerstattung kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zum Einzelplan 20 nur ein paar Bemerkungen. Herr Rimmel, ich wundere mich eigentlich, dass Sie versucht haben, der Kollegin Walsken hinsichtlich der totalen Bankrotterklärung und Ähnlichem nachzueifern. Sie wissen doch ganz genau – Sie sind in Berlin in der Opposition und haben es deswegen leichter als die SPD –, dass wir natürlich einen exzellenten Abschluss 2008 haben und dass die Verschuldung 2009 aufgrund all der Bemühungen um die Konjunktur weiter steigen wird. Es wird bei den 2,9 Milliarden € nicht bleiben; das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Sie können ja auch eins und eins zusammenrechnen, und Sie wissen vor allen Dingen, dass die Steuerschätzungen schlechter werden, weil die Wachstumserwartungen zurückgenommen wurden, und dass wir die Begleitung des Konjunkturpaketes, die Kofinanzierung, leisten werden – dafür werden wir sicherlich noch elegante Finanzierungen darstellen –, um Arbeitsplätze für die Menschen in diesem Land zu sichern. Das ist der Hintergrund.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie dann sagen, die höhere Verschuldung sei eine Bankrotterklärung, dann darf ich Ihnen Folgendes entgegnen: Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten dem Rechnung getragen, was Ihr Kollege Groth immer im Haushalts- und Finanzausschuss vorgebracht hat: Ja, wärt ihr doch schon damals im Herbst des Jahres 2008 unseren Anregungen gefolgt und hättet die 1,6 Milliarden € – natürlich auf

Landeskappe – aufgenommen, dann ginge es uns heute besser.

Versuchen Sie doch in Ihren Reihen, vielleicht mal irgendwann eine Abstimmung herbeizuführen! Sie können nicht rügen, dass wir mehr Verschuldung haben, während Herr Groth erklärt, eigentlich müsste es noch mehr sein. Es passt nicht zusammen, es ist unseriös, und das merken auch die Leute in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben das schöne Wort gebraucht, wir hätten die Konsolidierung ja nur simuliert. Sie kennen die Tabellen, Herr Remmel. Sie wissen, dass wir rund 92 % aller verfügbaren Steuereinnahmen von 2006 bis einschließlich 2008 in die Rückführung der Nettoneuverschuldung gesteckt haben. Wie können Sie dann sagen, wir hätten simuliert? Das sind Fakten, an denen Sie nicht vorbeikommen. Machen Sie sich vielleicht ein bisschen schlauer! Vielleicht fragen Sie den Kollegen Groth, der kennt das nämlich auch, argumentiert aber manchmal ähnlich wie Sie und versucht, sich an der Realität vorbeizuschmuggeln.

Sie haben dann über die Steuereinnahmen philosophiert. Natürlich müssen wir auch sehen, dass wir zum Beispiel 50 Millionen LEG-Erlös bei der NRW.BANK jetzt nicht realisieren werden. Das findet sich in der ersten Ergänzung wieder, weil wir alles tun, um die Förderplattform NRW.BANK besonders zu stärken, und deshalb auf die Ausschüttung in diesem Maße verzichten müssen.

Der größte Brocken in dem Haushalt, den wir heute mit der Ergänzungsvorlage diskutieren, ist die Leistung für die Kommunen. Gegenüber dem Entwurf steigen die Zahlungen an die Kommunen noch einmal um 240 Millionen. Es sind insgesamt 415 Millionen mehr als in 2008 – eine sehr gute Situation für die Kommunen trotz zurückgehender Steuereinnahmen des Landes!

(Beifall von der CDU)

Sie werden auch mit Ihrem Gerede, dass wir – wie heißt das immer – Raubzug durch die kommunalen Kassen betreiben, keinen Erfolg haben.

Unser Verfahren, um die Konjunktur in Schwung zu kriegen: diesen Haushalt schnellstmöglich mit der dritten Lesung am 11. Februar zu verabschieden, damit die vorläufige Haushaltsführung zu beenden, das Konjunkturprogramm I auf den Weg zu bringen und dann schnellstmöglich – hoffentlich mit Ihrer Zustimmung zu einem sehr schnellen Verfahren; ich habe keinen Zweifel daran, denn Sie haben so vehement vorgetragen, dass es schnell gehen muss – auch das Konjunkturpaket II auf den Weg zu bringen.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir damit alles Notwendige getan haben, was eine Regierung überhaupt tun kann – wenn sie auch noch die Verschuldung der nächsten Generation etwas im Auge

behalten will; und das wollen wir –, um die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen und hoffentlich ein besseres Jahr 2009 zu erleben, als manche Auguren uns heute vormachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Linssen. – Für die CDU-Fraktion hat Kollege Klein das Wort.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Der will dem Minister danken!)

Volkmar Klein (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin erstens sicher, dass die wirklich guten Argumente von Bernd Krückel, Angela Freimuth und dem Finanzminister jetzt alle verantwortlich und unabhängig nachdenkenden Mitglieder unseres Hauses dazu bringen, mit Ja zu stimmen.

(Beifall von der CDU)

Ich bin zweitens sicher, dass um diese Uhrzeit weder jemanden hier im Hause noch anschließend irgendeinen Leser der Protokolle weitere Einzelheiten interessieren. Ich bitte um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Beschlussfassung zu den Einzelplänen 12 und 20, zunächst zu den Änderungsanträgen.

Es liegt ein **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8415** vor. Wer stimmt dem zu? – Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Als Nächstes kommt der **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/8416**. – Wer stimmt dem zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Grünen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

(Unruhe)

Kann ich um ein bisschen mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten? Es ist auch für mich nicht so fröhlich. Ich freue mich aber, dass Sie alle da sind und wir noch ein paar Minuten miteinander verbringen können.

Ich komme zum nächsten **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8417**. Wer ist für diesen Änderungsantrag der SPD? – Die SPD. – Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält

sich? – Die Grünen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Als Nächstes liegt der **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/8418** vor. Wer ist für diesen Antrag? – Die SPD. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Grüne. Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8419**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/8420** auf. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Nächster **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8421**. Wer ist dafür? – Die SPD. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Grüne. – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8422**. Wer ist für den Antrag? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Der nächste **Änderungsantrag Drucksache 14/8423**. Wer ist dafür? – Die SPD. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Grüne. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Nächster **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8424**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – SPD, CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wer ist für den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/8425**? – Die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die Grünen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Einzelpläne. Wir stimmen erstens über den Einzelplan 12 ab. Wer stimmt dem Einzelplan 12 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8012** zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 12 beschlossen**.

Wir stimmen zweitens über den Einzelplan 20 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8020** ab. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 20 beschlossen**.

Für morgen ist die Abstimmung über das Haushaltsgesetz – das haben wir so vereinbart – im Anschluss an die Erledigung der Einzelpläne vorzusehen. Deshalb können wir an dieser Stelle den nächsten Punkt aufrufen:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8013.

Hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über diesen Einzelplan entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8013** kommen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – CDU, FDP, Grüne und SPD. Stimmt jemand dagegen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Nein. Damit ist das einstimmig so **beschlossen** und der **Einzelplan 13 angenommen**.

Wir kommen zum

Einzelplan 01 Landtag

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8001.

Auch hier ist keine Debatte vorgesehen. Wir können sofort zur Abstimmung entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8001** kommen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Ist jemand dagegen? – Stimmenthaltungen? – Nein. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und der **Einzelplan 01 beschlossen**.

Wir sind damit am Ende unserer heutigen **Haushaltsberatungen**, die wir an der Stelle **unterbrechen** und morgen mit den Beratungen zum Einzelplan 05 fortführen.

Und weil der Abend so schön ist, gehen wir gleich weiter in der Tagesordnung und kommen zu:

4 Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8176

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs ist für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf vorgesehen. Ihn bitte ich jetzt auch, ans Mikrofon zu treten.